

Niederschrift

über die 23. Sitzung des Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschusses
am 13.03.2002 im Kleinen Sitzungssaal des Neuen Rathauses

An der Sitzung nehmen folgende Stadtverordnete (StV) bzw. Sachkundige Bürgerinnen / Bürger (SB) teil:

Gunia, Wolfgang,	Ausschußvorsitzender
Schmitz, Peter,	1. stellv. Ausschlußvorsitzender
Bochem, Hans-Peter,	StV
Borowski, Helma,	StV
Doose, Friederike,	StV
Hövelmann, Jens,	StV
Stauch, Ingrid,	StV
van Snick, Doris,	StV
Viertmann, Karl,	StV
Dohmen, Martina,	SB
Gundelach, Klaus,	SB
Hintzen, Ulrich,	SB
Sauer, Karl,	SB
Viehöfer, Hildegard,	SB
Talarek, Anke,	StV mit beratender Stimme, Top 1 ab 17.30 Uhr
Laufs, Jürgen	SB
Bleser, Harald,	stellvertretender Sachkundiger Bürger
Hilgers, Markus	stellvertretender Sachkundiger Bürger
Schüssler, Clemens	stellvertretender Sachkundiger Bürger bis TOP 6, 18.30
Wilms, Wilfried	StV

Von der Verwaltung nehmen an der Sitzung teil:

Dezernent Krause
Beig. Schulz zu TOP 1 und 10
Herr Heuter zu TOP 1 und 10
Herr Holz zu 4
Herr Vogel zu TOP 5
Herr Wiczorek zu TOP 6
Herr Krings zu TOP 7
Frau Lohmer zu TOP 8
Herr Marx, zugleich als Schriftführer

Zu TOP 1 „Standort und Erweiterungsbau Gymnasium Zitadelle“ nimmt der Planungs-, Umwelt- und Bauausschuss an der Beratung teil. Die Anwesenheitsliste der Mitglieder dieses Ausschusses ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

StV Gunia eröffnet gegen 16:00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass die

Einladung zu dieser Sitzung fristgerecht zugegangen und der Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss beschlussfähig ist.

Die stellvertretenden Sachkundigen Bürger Bleser und Hilgers werden verpflichtet.

Entsprechend dem Vorschlag der Verwaltung schlägt er vor, den Tagespunkt 10 „Umwandlung der Schirmerschule in eine Verbundschule sowie Erweiterung des Schulgebäudes“ vorzuziehen und gemeinsam mit TOP 1 zu beraten.

Einwendungen hiergegen werden nicht erhoben.

Die Tagesordnung stellt sich unter Berücksichtigung evtl. Erweiterungen und Absetzungen wie folgt dar:

Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

1. Standort und Erweiterungsbau Gymnasium
2. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse
3. Anfragen
4. Zuschussantrag der Propsteipfarrgemeinde für die KOT Roncalli-Haus
5. Bericht der Volkshochschule über das Geschäftsjahr 2001
6. Jahresbericht 2001 der Stadtbücherei Jülich
7. Änderung der Musikschulordnung
8. Kindertheater 2002/2003
9. Kommunen gegen Rechts
hier: Verwendungsbericht
10. Umwandlung der Schirmerschule in eine Verbundschule sowie Erweiterung des Schulgebäudes
11. Zustand der Bolzplätze im Stadtgebiet
12. Errichtung zusätzlicher Umkleieräume in Container-Bauweise an der Bürgerhalle in Broich
(Antrag des Ortsvorstehers Müller vom 29.01.2002 sowie Ziff. 3 des Antrages 5/2000 und Antrag 77/2000 der SPD-Fraktion)

B. Nichtöffentlicher Teil

A. Öffentlicher Teil

1. Standort und Erweiterungsbau Gymnasium
(Vorlagen-Nr.: 113/2002)

Beig. Schulz und Herr Heuter erläutern die Planung für die Variante 1.
Anschließend erfolgt eine ausgiebige Diskussion .

Auf Anfrage erklärt die Verwaltung, dass die genannten Sanierungskosten für die Stadthalle und

die beiden Schulgebäude nur eine „Hausnummer“ sind, die für den weiteren Erhalt der Gebäude angenommen werden können. Für große Verschönerungen der Gebäude werden die Mittel nicht ausreichen.

Die SPD-Fraktion gibt zu bedenken, dass die Höhe der Sanierungskosten ausschlaggebend für eine Entscheidung zugunsten eines Neubaus am Standort der Sonderschule und der Stadthalle seien. Die drei jetzigen Gebäude würden auch zukünftig immer sanierungsbedürftig bleiben.

Herr Meyer appelliert an die Ausschussmitglieder, zum Wohle der Kinder einen gemeinsamen Beschluss für die Variante 1 zu treffen.

SB Cremerius hält die Variante 1 für gut, zweifelt aber an der Finanzierbarkeit. Eine Entscheidung für die Variante 4 bedeute viel Geld in eine schlechte Zukunft zu investieren. In jetzigen Zeiten halte er nach wie vor eine Unterbringung innerhalb der Zitadelle für die beste Lösung.

Frau Talarek bittet zu beachten, dass beide Schulen gleich gut versorgt werden müssen. Die Unterbringung einer Schule dürfe nicht zu Lasten der anderen gehen. Auch sie favorisiert die Variante 1.

Dezernent Krause erläutert, dass bei der Variante 1 die Schirmerschule in das Westgebäude umziehen müsse. Eine Planung für eine Sonderschule am Standort Westgebäude existiere noch nicht, der Architekt habe lediglich bei den Kostenberechnungen das Raumprogramm für eine Sonderschule berücksichtigt. Die Logistik für die Bauzeit und evtl. Umzüge müsse noch geklärt werden, vorab müssten Grundsatzbeschlüsse erfolgen.

Der Vorsitzende erklärt, dass bei den Fraktionen Einvernehmen besteht, heute keinen Beschluss zu fassen und die Angelegenheit in den Rat passieren zu lassen.

Auf Anfrage von StV Schmitz, ob bei einem Erweiterungsbau am Westgebäude ein Teil des Zuschusses aus Städtebaumitteln für den Probst-Bechte-Platz zurückgezahlt werden muss, erwidert Beig. Schulz, dass die Verwaltung diesbezüglich mit dem Regierungspräsidenten in Verhandlung steht. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen, da das Gebäude aber aufgeständert werde, sehe er keinen Grund für eine Rückforderung.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters und Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

2.1. Betreuung jugendlicher Spätaussiedler (Vorlagen-Nr.: 123/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Entsprechend dem Antrag der Stadt Jülich erfolgte seit dem 01.09.1998 eine Betreuung junger Spätaussiedler im Stadtgebiet. Die Maßnahme wurde durchgeführt vom Jugendgemeinschaftswerk Düren-Heinsberg des Sozialdienstes Kath. Frauen Düren. Sie wurde vollständig mit Landesmitteln finanziert.

Eine männliche und eine weibliche Betreuungskraft mit russischen Sprachkenntnissen wurden damit beauftragt, Kontakte zu den Jugendlichen aufzubauen, sich deren Problemen anzunehmen und auch Verbindungen zu Einrichtungen wie Jugendheime oder Sportvereine zu knüpfen. Seit

1999 stand für diese Arbeit ein Raum im Jugendheim St. Rochus an einem Tag wöchentlich zur Verfügung.

Die Dauer der Maßnahme wurde im Jahr 2000 einmal verlängert. Da eine weitere Finanzierung des Projektes vom Zuschußgeber abgelehnt wurde, mußten die Betreuer zum 28.02.2002 ihre Arbeit einstellen.

2.2. Konzept für die Jugendarbeit in Jülich

(Vorlagen-Nr.: 133/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

In der Sitzung vom 17.01.02 hat der Ausschuss die Verwaltung beauftragt darauf hinzuwirken, dass die Leiter der Jugendheime in der Stadt Jülich unter Federführung der Jugendbeauftragten der Stadt Jülich ein aufeinander abgestimmtes Konzept über die Jugendarbeit in Jülich erarbeiten. Dazu hat es ein Gespräch der Verwaltung mit dem Kreisjugendamt gegeben.

Das Kreisjugendamt teilte mit, dass das Ministerium eine zweijährige Erprobungsphase zur Entwicklung von Verfahrens- und Qualitätsstandards eines „Wirksamkeitsdialogs“ der Offenen Kinder- und Jugendarbeit durchgeführt hat, an der sich der Kreis Düren beteiligt hat. In diesem Rahmen entstanden aus dem Arbeitskreis der Jugendheime in Kreis Düren regionale Lerngruppen, die – nach Abschluss des Projekts – zu Regionalgruppen weiterentwickelt werden sollen. Die Federführung dieser Regionalgruppen ist originäre Aufgabe des Kreisjugendamtes.

2.3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in Jülich

hier: Konzeptentwurf

(Vorlagen-Nr.: 129/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Das Vorgespräch mit dem Kreisjugendamt Düren hat Anfang März 2002 stattgefunden. Der von der Verwaltung erstellte Konzeptentwurf zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen wurde befürwortet. Das Kreisjugendamt teilte mit, dass die Personalkapazität des Jugendamtes aber weder eine Federführung noch eine Kooperation mit der Stadt Jülich in der Durchführung des Konzeptes zulässt. Es wurde zugesagt, punktuell mitzuarbeiten und ggf. notwendige Sozialdaten aus der Jugendhilfe zur Verfügung zu stellen. Die weitere Umsetzung des Konzeptes liegt in der alleinigen Verantwortung der Stadt Jülich. Das Kreisjugendamt hat allerdings zugesagt zu prüfen, ob Haushaltsmittel bereitgestellt werden können.

2.4. Anmeldungen an städt. Schulen

(Vorlagen-Nr.: 124/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

An den städt. Schulen sind folgende Anmeldungen erfolgt:

	Anmeldungen	Prognose SEP
Gymnasium Zitadelle	145	195
Realschule	137	126

Hauptschule	z.Zt. über 60	97
Kath. Grundschule	92	98
GGs Nord	97	90
GGs Ost	50	47
GGs Süd	57	69
GGs West	59	44

2.5. PCB-Belastung Gymnasium Zitadelle

(Vorlagen-Nr.: 130/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Bezüglich der PCB-Belastung am Gymnasium Zitadelle hat die Verwaltung Kontakt zu Herrn Prof. Dr. Doetsch vom Institut „Lehr- und Forschungsgebiet Abfallwirtschaft“ der RWTH Aachen aufgenommen, der die Stadt als unabhängiger Experte im weiteren Umgang mit dem Thema beraten soll.

In der Sitzung des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses am 11.04.2002 wird Herr Prof. Dr. Doetsch hierzu vortragen.

Die Mitglieder des KuSSS sind zum Vortrag eingeladen.

2.6. Konzept für den Einsatz von Medien und Informationstechnologie in den städt. Schulen

(Vorlagen-Nr.: 132/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Im April wird die KDvZ ein Konzept für den Einsatz von Medien und Informationstechnologie in den städt. Schulen.

Das umfangreiche Konzept wird Aussagen zu allen mit dem Thema zusammenhängenden Fragen wie mögliche zukünftige Ausstattung der Schulen mit neuen Medien, Wartung und Support, Fortbildung u.a.m. sowie zu den damit verbundenen Kosten treffen.

Zur weiteren Vorgehensweise schlägt die Verwaltung vor, dass das Konzept nach einer verwaltungsinternen Beratung Anfang bis Mitte Mai den Schulleitern vorgestellt werden soll.

Kurz nach dieser Schulleiterrunde soll das Konzept in einer Arbeitsgruppe diskutiert werden, für die die Fraktionen Mitglieder des KuSSS benennen sollen (Vorschlag ein Mitglied je Fraktion, folgende Ausschussmitglieder werden benannt: CDU-Fraktion Hövelmann, SPD-Fraktion Borowski, Grüne Laufs, FDP noch keine Nennung).

Anschließend soll das Konzept in der Sitzung des KuSSS am 28. Mai beraten werden.

2.7. Jugendschutzveranstaltung am 07.02.2002

(Vorlagen-Nr.: 114/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Bei der diesjährigen Veranstaltung konnte mit ca. 2540 Besuchern ein leichter Besucherzuwachs verzeichnet werden. Die Veranstaltung verlief ohne nennenswerte Zwischenfälle. Es konnten mehrere Helfer seitens der Stadt Jülich aktiviert werden. Aufgrund der angespannten personellen Situation des Kreisjugendamtes Düren werden für das kommende Jahr weitere Helfer aus der Stadtverwaltung benötigt.

Der Einsatz des DRK's mit deren Sanitäts- und Verpflegungszelten, die Präsenz der Feuerwehr sowie die Unterstützung des THW's erleichterte den Ablauf erheblich. Zu dem problemlosen Ablauf leistete auch das beauftragte Security-Unternehmen seinen Beitrag.

Die Helfer aus den Jugendeinrichtungen erhielten nach den Karnevalstagen eine Vielzahl von positiven Feedbacks von Jugendlichen aus den Jugendeinrichtungen sowie von den Discoteams und deren schulischem Umfeld.

Nicht zuletzt durch die gelungene Veranstaltung war eine deutliche Entspannung der Marktplatzsituation (1/3 weniger Personen als im Vorjahr) zu beobachten. Es wurde eine Verlagerung hin zur Kölnstraße mit Tendenz zum Zelt festgestellt. Laut der Polizei gab es keine Vorfälle auf dem Marktplatz (ab ca. 14:00 Uhr „leer“) und der Kölnstraße.

2.8. Projekt „ZeitReisen Euregio“
(Vorlagen-Nr.: 128/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Wie dem Ausschuss am 03.07.2001 mitgeteilt wurde, muss zur Durchführung des 3. Schrittes des Projektes „ZeitReisen Euregio – Bauwerke erzählen Geschichte“ vor der Interreg-Antragstellung für die Projektabwicklung eine juristische Person gegründet werden. Nach der (leider langwierigen) Prüfung aller möglichen, internationalen Rechtsformen hat sich das Organisationsteam jetzt für die Gründung EWIV eines niederländischen Vereins entschieden. Die Kommunalaufsicht der Bezirksregierung hat dieser Rechtsform bereits mündlich Zustimmung in Aussicht gestellt.

Da der Interreg-Antrag bis Ende Mai 2002 mit der Festlegung der Rechtsform eingereicht werden muss, ist es zeitlich nicht mehr zu schaffen, den Verein von allen 38 Partnerstädten gründen zu lassen. Deshalb schlägt das Organisationsteam vor, dass aus allen Partnerregionen je eine Stadt, also fünf Städte zusammen, den Verein gründen (Jülich, Hasselt, Raeren, Verviers und Kerkrade).

Eine Mitgliedschaft im Verein ist für die Partnerstädte des Projektes bis zum Projektende kostenfrei. Der Kostenanteil am Gesamtprojekt von 1900,- DM pro Jahr erhöht sich nicht. Der Vereinsbeitritt der Stadt Jülich muss vom Rat beschlossen werden.

Die Verwaltung beabsichtigt daher, dem HFA am 18.04.2002 und dem Rat am 24.04.2002 eine beschlussfähige Vorlage vorzulegen.

Die niederländische Satzung liegt z. Z. der Rechtsabteilung der Stadt Kerkrade zur Bearbeitung vor. Inhaltlich wurde sie vom Organisationsteam abgefasst und vorformuliert und schon mit der Rechtsabteilung von Kerkrade abgestimmt.

Wenn der Interreg-Antrag mit der verbindlichen Rechtsform im Mai eingereicht ist, kann aufgrund verschiedenster Verfahrensstufen trotzdem erst im November 2002 mit einer Entscheidung gerechnet werden.

Das Projekt erhält weiterhin durch die Regio Aachen e. V., die Bezirksregierung und das

Kulturministerium viel Lob und Unterstützung. Als z. Z. größtem euregionalem Projekt werden ihm große Chancen auf Bewilligung eingeräumt. Das Kulturamt Jülich behält auch in Zukunft die Projektleitung.

2.9. Endrunde um die Deutsche Pokalmeisterschaft im Tischtennis (Final Four)
(Vorlagen-Nr.: 140/2002)

Mitteilung:

Abstimmungsergebnis:

Mit Unterstützung der Stadt Jülich hat sich der TTC SIG Combibloc Jülich um die Ausrichtung der Deutschen Pokalmeisterschaft im Tischtennis beworben.

Jülich hat für die Jahre 2002, 04 und 06 den Zuschlag erhalten. In diesem Jahr finden die Spiele der 4 Halbfinalisten am 21./22.12. in der Nordhalle statt. Voraussichtlich wird bereits freitags das Viertelfinale ausgetragen.

3. Anfragen

3.1. Anfrage Nr. 3 vom 5.3.2002 der Stadtverordneten Friederike Doose
(Vorlagen-Nr.: 139/2002)

Anfrage:

Abstimmungsergebnis:

Wortlaut der Anfrage:

1. Wie viele Asylbewerber bzw. Flüchtlinge leben derzeit in Jülich?
2. Wie viele davon sind Kinder im Vorschulalter / im Schulalter?
3. Welches sind die Hauptherkunftsländer?
4. Wie viele Asylbewerber erhalten Leistungen nach § 2 Asylbewerberleistungsgesetz, wie viele nach § 3?
5. Sind Familien mit Kindern in Containern untergebracht?
6. Wenn ja, wo?

Antworten der Verwaltung:

247 Personen

Von 0 – 6 Jahre 48 Kinder, im Schulalter 50 Kinder

Ehem. Jugoslawien 114 Personen, Türkei 24, Eritrea 16, Indien 13, Rep. Kongo 13, Russland 13, Angola 8, Irak 8, Syrien 7, Togo 6

§ 2 AsylBLG 7 Fälle; § 3 AsylBLG 53 Fälle

Ja

Übergangsheime Bourheim und Mersch

4. Zuschussantrag der Propsteipfarrgemeinde für die KOT Roncalli-Haus
(Vorlagen-Nr.: 101/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltung(en)

Dem Zuschussantrag der Propsteipfarrgemeinde für die KOT Roncalli-Haus wird nicht stattgegeben.

5. Bericht der Volkshochschule über das Geschäftsjahr 2001
(Vorlagen-Nr.: 78/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltunge(n)

Der Bericht der Volkshochschule über das Geschäftsjahr 2001 wird zustimmend zur Kenntnis genommen

6. Jahresbericht 2001 der Stadtbücherei Jülich
(Vorlagen-Nr.: 99/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltunge(n)

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

7. Änderung der Musikschulordnung
(Vorlagen-Nr.: 53/2002)

Beschlussentwurf:

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimme(n), 1 Nein-Stimme(n), bei 1 Stimmenthaltung(e)n

Die Schulordnung der Musikschule wird wie folgt geändert:

- Punkt 10.1 (Schulgeld) gem. Anlage 1
- Punkt 12. (Instrumentenmiete) gem. Anlage 2

8. Kindertheater 2002/2003
(Vorlagen-Nr.: 77/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltunge(n)

„Dem Vorschlag zur Auswahl der Stücke für das Kinderprogramm in der Spielzeit 2002/2003 wird zugestimmt.“

„Folgt Auswahl Kindertheaterveranstaltungen“ (Anlage 1)

9. Kommunen gegen Rechts
hier: Verwendungsbericht
(Vorlagen-Nr.: 109/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltunge(n)

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

10. Umwandlung der Schirmerschule in eine Verbundschule sowie Erweiterung des Schulgebäudes
(Vorlagen-Nr.: 108/2002)

Dieser TOP wurde unmittelbar in Anschluss an TOP 1 beraten.

Der Ausschuss legt Wert auf die Beteiligung und Zustimmung der Nachbarkommunen. Dez. Krause trägt vor, dass die Nachbarkommunen in zahlreichen Besprechungen beteiligt worden seien, u.a. hätten sie auch die Sitzungsvorlage zur Kenntnis erhalten.

Über die zukünftige Rechtsform müsse noch entschieden werden. Eine Zeitlang hätten die Nachbarkommunen einen Schulverband favorisiert, von dieser Position seien sie in der letzten Besprechung aber etwas abgerückt.

Da Ziff. 4 des Beschlussvorschlages inhaltlich eng mit der Erweiterung des Gymnasiums verbunden ist, wird auch hierüber nicht abgestimmt.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltunge(n)

1. Einer Übernahme der Trägerschaft der Schirmerschule und aller Sonderschulen im Kreisgebiet durch den Kreis Düren wird nicht zugestimmt. Sollte der Kreis die Trägerschaft einer anderen Sonderschule übernehmen, beantragen die Stadt Jülich und die Nachbarkommunen eine differenzierte Kreisumlage.
2. Die Schirmerschule wird ab dem 01.08.2002 im Sinne des § 4 Abs. 6 Satz 5 SchVG von einer Sonderschule für Lernbehinderte in eine Verbundschule für lernbehinderte, sprachbehinderte und erziehungsschwierige Schüler gem. § 8 Abs. 1 SchVG umgewandelt. Dies steht unter dem Vorbehalt einer Kostenbeteiligung des Kreises und der Zustimmung der Nachbarkommunen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Kreis dahingehend zu verhandeln, dass dieser die für eine Verbundschule entstehenden Mehrkosten trägt.

11. Zustand der Bolzplätze im Stadtgebiet
(Vorlagen-Nr.: 112/2002)

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltunge(n)

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Bolzplätze unter Minimierung der Personalkosten durch den Einsatz von Sozialhilfeempfängern herzurichten.
2. Die erforderlichen Materialkosten in Höhe von 3.250,- Euro sollten im Haushalt 2002 bereitgestellt werden.

12. Errichtung zusätzlicher Umkleieräume in Container-Bauweise an der Bürgerhalle in Broich
(Antrag des Ortsvorstehers Müller vom 29.01.2002 sowie Ziff. 3 des Antrages 5/2000 und
Antrag 77/2000 der SPD-Fraktion)
(Vorlagen-Nr.: 111/2002)

Es wird diskutiert, ob der Ortsvorsteher alle anfallenden Kosten beantragt hat oder ob noch zusätzliche durch Kanalanschlüsse, Einrichtung oder ähnliches entstehen. Die Verwaltung klärt dies bis zu den Haushaltsberatungen am 18.03.2002. Solange soll die Zuschusshöhe im Beschluss noch offen bleiben.

Beschluss:

Abstimmungsergebnis: Einstimmig, bei 0 Enthaltunge(n)

1. Der Bedarf für die Errichtung zusätzlicher Umkleieräume in Container-Bauweise an der Bürgerhalle Broich wird anerkannt.

2. Der Verein erhält für den Kauf der Container und evtl. weiterer anfallenden Kosten einen Zuschuss in Höhe von Euro (gegen Rechnungsnachweis).
3. Der Haupt- und Finanzausschuss wird gebeten, die erforderlichen Haushaltsmittel in diesem Haushaltsjahr zur Verfügung zu stellen.

B. Nichtöffentlicher Teil

Der Niederschrift sind als Anlagen beigefügt:

Anwesenheitsliste der Mitglieder des Planungs-, Umwelt – und Bauausschusses.

**Anwesenheitsliste der Mitglieder des Planungs-, Umwelt- und Bauausschusses bei der
gemeinsamen Sitzung mit dem Sozial-, Schul-, Kultur- und Sportausschuss am
13.03.2002
zu TOP 1 " Standort und Erweiterung Gymnasium Zitadelle"**

Frey, Heinrich	StV
Meyer, Hans	StV
Schaaf, Heinz	SB
Krott, Josef	SB
Emunds, Dirk	SB
Schüssler, Clemens	SB
Wilms, Wilfried	SB
Steuftmehl, Helmut	StV
Lohn, Helmut	StV
Peterhoff, Arnold	StV
Gussen, Erich	StV